

Stellungnahme der DVPB,
Landesverband Rheinland-Pfalz
zu den Leitfragen der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“

Mainz, den 13. Januar 2012

LEITFRAGEN der Kommission:

1. Welche Gegebenheiten müssen erfüllt sein, um eine nachhaltige Aktivierung der Jugendlichen in politischen und gesellschaftlichen Fragen zu erreichen?¹

Die wesentlichen Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“² zu dieser zentralen Frage können aus Sicht der DVPB nur unterstrichen werden.

Um bei Jugendlichen eine nachhaltige Aktivierung für politische und gesellschaftliche Themen- und Fragestellungen zu erreichen, ist Politische Bildung wesentliche Voraussetzung. Das Interesse für Politik bei Jugendlichen wird geweckt, wenn diese erkennen, dass Politik nicht zwangsläufig langweilig und abstrakt sein muss - vielmehr sehr viel mit ihrem eigenen und zukünftigen Leben zu tun hat. Wenn Jugendliche erkennen, dass Politik sie betrifft, dass es für das eigene Leben von Bedeutung ist, wenn man politische Entwicklungen verfolgen und politische Entscheidungen kritisch hinterfragen kann, wenn sie erkennen, dass es wichtig ist, die eigenen Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie zu nutzen und Politik aktiv mitzugestalten, werden Jugendliche politischen Themendauerhaft Interesse entgegenbringen.

Kenntnisse und Erkenntnisse zur Funktionsweise unserer repräsentativen De-

¹ Um zu allen Leitfragen eine eigenständige Stellungnahme abzugeben, ließen sich einzelne Mehrfachnennungen von Aspekten nicht vermeiden.

² DrS 14/4800: Bericht der Enquete-Kommission 14/3 „Distanz zwischen jungen Menschen und Politik überwinden – Beteiligung weiter entwickeln, Demokratie stärken“ („Jugend und Politik“ v. 9.12.2005)

mokratie - insbesondere zur Bedeutung politischer Partizipation in der Demokratie - stellen weitere grundlegende Voraussetzungen dar, um Jugendliche für politische und gesellschaftliche Themen nachhaltig zu aktivieren. Von wesentlicher Bedeutung ist zudem die Glaubwürdigkeit der handelnden Akteurinnen und Akteure in der Politik; diese prägen maßgeblich die Einstellung von Jugendlichen zu Politik und ihren Vertretern.

Damit Jugendliche für politische Fragestellungen sensibilisiert werden, ist ein Elternhaus wertvoll, in dem über politische Themen mit den Jugendlichen gesprochen wird, in welchem die Kinder von den Eltern in wichtige Entscheidungsprozesse altersadäquat eingebunden werden und die Eltern als mündige und aktive Bürgerinnen und Bürger handeln. Diese Vorbildrolle von Eltern und deren sozialem Umfeld ist von besonderer Bedeutung, um junge Menschen nachhaltig für politische und gesellschaftliche Themen zu aktivieren. Die Erfahrung zeigt, dass diese Form von Politischer Bildung in der Familie für viele Jugendliche jedoch heute immer seltener vorkommt.

Die Vorbildfunktion von Elternhaus und sozialem Umfeld führt im Umkehrschluss auch dazu, dass die politische Aktivierung junger Menschen in immer stärkerem Maße eine soziale Auslese darstellt, je weniger die Schule die Möglichkeiten hat, fundierte Politische Bildung anbieten zu können. Für viele Jugendliche ist die Schule heute der einzige Ort, an dem fundierte Gespräche über politische, ökonomische und soziale Fragen stattfinden, eben der Ort um eine solide politisch-ökonomische Ausbildung zu erhalten und um zu politisch-gesellschaftlichem Engagement motiviert zu werden.

Politische Bildung in der Schule muss sich - will sie erfolgreich sein - zentralen Prinzipien verpflichtet fühlen. Zu diesen zentralen Prinzipien gehören u.a. die Problemorientierung, die Schülerorientierung und die Handlungsorientierung des Unterrichts. Die Einbindung aktueller politischer Themen stellt ein weiteres wesentliches Unterrichtsprinzip dar. Außerdem müssen die Schulen Mitentscheidungs- und Gestaltungsräume für Jugendliche schaffen, um diese an demokratische Werte und politische Entscheidungsprozesse heranzuführen.

Einzelaspekte Politischer Bildung und das Wecken von Interesse für Politik können in der Schule grundsätzlich in verschiedenen Fächern, Arbeitsgemeinschaften oder Projekten stattfinden. Sozialkunde gilt jedoch unumstritten als DAS Zentrierfach für politisch-ökonomische Bildung und hat entscheidenden Einfluss auf das Bild von Jugendlichen über Politik und politische Akteure.³

1.1 Zur Stellung des Faches Sozialkunde

Obwohl das Fach Sozialkunde einen entscheidenden Beitrag zur politischen Bildung und Werteerziehung vieler Jugendlicher leistet, nimmt es in den Schulen hinsichtlich der Ausstattung mit Wochenstunden immer noch eine absolute Randstellung- insbesondere in der Sekundarstufe I- ein. Kein anderes gesellschaftswissenschaftliches Fach ist seit Jahren mit einem so geringen Stundenansatz ausgestattet und beginnt in der schulischen Ausbildung an Gymnasien und Realschulen so spät. An den Gymnasien beginnt der SK-Unterricht erst in Klasse 9 (zweistündig) und wird in Klasse 10 nur einstündig (!) fortgesetzt. Dieser Zeitanatz wird der Vielfalt und Bedeutung der Themen, die von diesem Fach zu leisten sind, nicht gerecht. Dies bemängeln nicht nur viele Sozialkundelehrerinnen und -lehrer, sondern auch viele Schülerinnen und Schüler in Sekundarstufe I und II, die politisch-ökonomischen Themen häufig großes Interesse entgegenbringen.

Der mit Mehrheit beschlossene Bericht der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ spricht sich zwar für eine Beibehaltung⁴der damaligen Stundentafel aus, aber neben dem Minderheitenvotum von Abgeordneten der CDU-Fraktion finden sich unter den angehörten Experten, sowie Schülerinnen und Schüler zahlreiche Stimmen, die eben dies fordern. Zudem verweisen wir darauf hin, dass Politische Bildung über Arbeitsgemeinschaften und freiwillige Projekte wiederum die soziale Kluft vertieft, da sich in aller Regel nur bereits durch das Elternhaus angeregte Schülerinnen und Schüler in freiwilligen Arbeitsgemeinschaften und Projekten engagieren.

³ Siehe DrS 14/4800 S. 72

⁴ Siehe DrS 14/4800 S. 35

Die DVPB ist sich sowohl der planerischen als auch bildungspolitischen Rahmenbedingungen der Gestaltung von Stundentafeln sehr bewusst. Dennoch plädieren wir zum Wohl des Gemeinwesens für eine quantitative Aufwertung des Faches.

Stundentafel nicht-altsprachliches Gymnasium⁵
Übersicht der Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs

Fach	Klasse 5	Klasse 6	Klasse 7	Klasse 8	Klasse 9	Klasse 10	Summe
Erdkunde	2	1	1	2	2	1	9
Geschichte	-	-	1	2	2	2	7
Sozialkunde	-	-	-	-	2	1	3

Diese Stundentafel gilt für cirka 40% aller Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz.⁶

Für eine Anhebung der Stundenzahl sprechen außerdem die folgenden Aspekte:

- Wenige Fächer haben in den vergangenen Jahren eine solche qualitative und quantitative „Explosion“ der Kernthemen erlebt: Globalisierung, Europäische Union, gesellschaftlicher Wandel (Demografie, Integration, Migration), digitale Revolution und Medien. Gleichzeitig blieb Sozialkunde aber weiterhin das Schulfach mit dem geringsten Stundenansatz.
- Der gesellschaftliche Wandel und das dabei stark veränderte Mediennutzungsverhalten der Jugendlichen haben dazu geführt, dass Lehrkräfte heutzutage einen deutlich größeren Einsatz zeigen müssen, um Jugendliche für ein politisches Thema zu gewinnen und gleichzeitig die entsprechende Medienkompetenz zu vermitteln.
- Großen Gruppen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund fehlen oftmals familiäre Bezüge zu Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Partizipation. In Ballungsräumen kann es vorkommen, dass in Lerngruppen eine Mehrheit der Schülerinnen und Schüler keine in Deutschland wahlberechtigten oder zur Wahl gehenden Eltern hat.

⁵Stundentafeln auf dem Bildungsserver des Landes Rheinland-Pfalz: http://schulrecht.bildung-rp.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=uploads/media/Stundentafel_Beiispiel_Gym_nichtAltsprachlich.pdf&t=1326637384&hash=db50b2dc4580f93a4ebab97a4dc32057e3751845, Zugriff am 12.01.2012

⁶Meldung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz vom 7.1.2011

- „Das Politische“ in einem demokratischen Entscheidungsprozess zu erkennen, zu verstehen und darüber zu begründeter Urteilsbildung und eigener Handlungsfähigkeit zu kommen, ist Kern des Sozialkundeunterrichts. Der aktuelle Stundenansatz in Verbindung mit den Lehrplänen des Faches Sozialkunde erlaubt aber im schulischen Alltag selten eine tiefergehende handlungs- und schülerorientierte Bearbeitung, etwa mit einem aktuellen kommunalpolitischen Vorgang und außerschulischen Begegnungen. Dies ist mit nur einer Schulstunde pro Woche in Klasse 10 nicht ohne deutliche Kürzungen bei anderen Themen zu leisten.⁷

1.2 Lehrkräfte im Fach Sozialkunde

Im Bericht der Enquete-Kommission „Jugend und Politik“ DrS 14/4800 finden sich verschiedene Aussagen von Schülerinnen und Schülern zu den Lehrkräften des Faches Sozialkunde, die wir gerne aufgreifen.

- Die bereits oben beschriebene Dynamik des Faches stellt an die Lehrkräfte des Faches stets neue Herausforderungen. Der Umgang mit digitalen Medien und die Berücksichtigung der inhaltlichen Veränderungen haben für die Qualität des Sozialkundeunterrichts eine große Bedeutung. Daher schlagen wir eine weitere Optimierung der fachbezogenen Lehrerfortbildung in Hinblick auf mehr Nähe zu Lehrplanthemen, schulartspezifischen Anforderungen und konkreten aktuellen Entwicklungen in Politik, Wirtschaft und bei digitalen Medien vor.
- Ganz im Sinne der oben genannten Schüleräußerungen sehen wir beim Fach Sozialkunde ein besonderes Gewicht in der fachlichen Qualifikation

⁷ Die derzeitige Einstündigkeit in Klasse 10 macht einen handlungsorientierten Unterricht in der S I kaum möglich - so die Erfahrung vieler Sozialkundelehrkräfte. Die Realisierung handlungs- und projektorientierter Unterrichtsformen geht im Sozialkunde-Unterricht der S I häufig zu Lasten anderer wichtiger politischer Themen, die der Lehrplan fordert, die aber aufgrund von Zeitmangel nicht mehr oder nur noch bruchstückhaft im Unterricht behandelt werden. In der schulischen Praxis kann dies etwa bedeuten, dass ein Projekt zu politischem Extremismus in Deutschland in Klasse 10 zur deutlichen Beschneidung oder gar dem Wegfall des Themas Europa/Europäische Integration führt. Diese Situation empfinden viele Lehrkräfte des Faches Sozialkunde als unbefriedigend und demotivierend. Möchte man Jugendliche für politische und gesellschaftliche Fragestellungen nachhaltig aktivieren, ist eine Stärkung des Faches Sozialkunde durch eine Erhöhung der Stundentafel deshalb aus Sicht der DVPB dringend geboten.

der unterrichtenden Lehrkräfte. Zentrale Voraussetzung für einen problemorientierten Sozialkundeunterricht, der aktuelle Themen aufgreift, die persönliche Betroffenheit für die Jugendlichen greifbar macht und Jugendliche letztlich für politisch-ökonomische Fragestellungen motivieren und nachhaltig aktivieren kann, ist, dass die unterrichtenden Lehrkräfte ausgebildete Fachlehrerinnen und Fachlehrer des Faches Sozialkunde sind. Denn nur die Lehrkraft, die einem Fach überdurchschnittliches Interesse entgegenbringt und es versteht, komplexe politisch-ökonomische Themen problemorientiert auf die Kompetenzen und Interessen der Jugendlichen abzustimmen, kann auch Interesse für diese Fragestellungen bei ihrer Lerngruppe wecken. Nicht selten wird aus organisatorischen Gründen oder im Rahmen des Faches Gesellschaftslehre Politikunterricht fachfremd erteilt. Die hierbei unter Umständen auftretenden Einschränkungen in Hinblick auf Authentizität, Glaubwürdigkeit und Fachkompetenz sind auch von Schülerinnen und Schülern wahrnehmbar. Deshalb ist es aus Sicht der DVPB von großer Bedeutung, dass das Fach Sozialkunde durch Fachlehrerinnen und Fachlehrer unterrichtet wird, die das entsprechende Fachstudium erfolgreich absolviert und während des Referendariats die notwendige didaktisch-methodische Ausbildung erhalten haben. Sozialkundeunterricht darf nicht auf abstrakte Institutionenkunde reduziert werden. Diese Vereinfachung droht aber, wenn das Fach fachfremd unterrichtet wird.

Die Tatsache, dass Politik uns alle betrifft und uns alle angeht, darf nicht zu dem Schluss führen, dass die Inhalte des Faches relativ einfach von jedermann zu vermitteln seien. Um mit Jugendlichen einen interessanten Sozialkundeunterricht zu gestalten, sind besondere Kompetenzen nötig. Nur mit dieser Basis können die Lehrkräfte den Anforderungen eines zeitgemäßen Sozialkundeunterrichts, der Jugendliche für politische Fragestellungen und gesellschaftliches Engagement nachhaltig aktiviert, gerecht werden.

2. Welche Entwicklung ist seit der Enquete-Kommission "Jugend und Politik" erfolgt, die eine Erreichung der unter Nummer 1 genannten Ziele befördert oder behindert hat?

- Aus Sicht der DVPB wurde in den letzten Jahren zu wenig zur Stärkung der Politischen Bildung in der Schule getan bzw. es wurden Akzente gesetzt und Projekte realisiert, die nicht die nötige Breiten- und Tiefenwirkung hinsichtlich Politischer Bildung bei Jugendlichen entfalten konnten.
- Das Fach Sozialkunde wurde hinsichtlich seiner geringen Wochenstundenzahl in der S I nicht ausgebaut.
- In der Sekundarstufe II wurde die Oberstufenreform, die mit Beginn des aktuellen Schuljahres 2011/12 in Kraft trat, aus Sicht der DVPB nicht ausreichend genutzt, um das Fach Sozialkunde und damit Politische Bildung der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Vielmehr wurde durch die Oberstufenreform das Risiko geschaffen, dass Sozialkundeunterricht in der Sekundarstufe II deutlich häufiger von fachfremden Lehrkräften unterrichtet wird. Ein höchst problematischer Schwachpunkt der alten LVO der gymnasialen Oberstufe, dass für Schülerinnen und Schüler, die LK Erdkunde belegt hatten, Politische Bildung bzw. das Fach Sozialkunde fast ganz entfiel, wurde durch die Oberstufenreform nicht behoben, sondern noch verschärft. In dieser Kombination können Schülerinnen und Schüler das Abitur ablegen, ohne in der MSS Sozialkundeunterricht zu belegen. Die von einer Erdkundelehrkraft zu unterrichtenden „sozialkundlichen Anteile“ im Leistungskurs Erdkunde können aus Sicht der DVPB nicht als gleichwertiger Ersatz für den Unterricht in einem Grundkurs Sozialkunde in der Sekundarstufe II angesehen werden.

- Aus Sicht der DVPB war und ist es im Hinblick auf eine Stärkung der Politischen Bildung an den Schulen nicht zielführend, wenn der Forderung nach einer Stärkung des Faches Sozialkunde in der Vergangenheit mit dem Argument entgegengetreten wurde – bzw. auch noch heute entgegengetreten wird, dass Politische Bildung und Demokratieerziehung fächerübergreifende Querschnittsaufgabe seien und nicht nur in der Verantwortung der Lehrkräfte des Faches Sozialkunde lägen. Die Erfahrung zeigt, dass die Erreichung dieser Zielsetzung sehr stark abhängig von Engagement und politikwissenschaftlichen Fachkenntnissen einzelner fachfremder Lehrkräfte ist. In der Realität wurde diese Zielsetzung zudem bisher in der Breite nicht im erhofften bzw. erforderlichen Maße umgesetzt. Dies bestätigen zahlreiche Rückmeldungen von Lehrkräften wie auch von Schülerinnen und Schülern.
- Ein weiterer Aspekt, der Politische Bildung als fächerübergreifende Aufgabe relativiert, ist die Stellung der entsprechenden Themen in den Lehrplänen anderer Fächer. So ist es in der schulischen Wirklichkeit selten der Fall, dass die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Geschichtsunterricht am Ende der 10. Klasse wirklich in der angemessenen Breite und Tiefe behandelt werden kann.
- Politische Bildung in der Schule findet primär im Sozialkundeunterricht statt. Wenn die junge Generation hinsichtlich ihrer politischen Kompetenzen gestärkt werden soll, dann gelingt dies nur über eine Stärkung des Faches Sozialkunde in den Schulen - in qualitativer und quantitativer Hinsicht. Der dabei zu berücksichtigende Kostenfaktor und der Hinweis auf andere Fächer, die eine Aufwertung ihrer Wochenstundenzahl ebenfalls fordern, waren in der Vergangenheit mit Gründe, weshalb in den letzten Jahren das Fach Sozialkunde – trotz Forderung von Lehrer- wie auch Schülerseite - im Stundenansatz nicht ausgebaut wurde. Letztlich bleibt dies aber eine Frage der Prioritätensetzung: Will man die Politische Bildung der jungen Generation in den Schulen deutlich stärken, muss das

Fach Sozialkunde aus seiner Randstellung gelöst werden und mehr Unterstützung erfahren, beispielsweise durch eine Anpassung in der Stundentafel. Die DVPB ist davon überzeugt: Wenn der Wille politischer Entscheidungsträger stark genug ist, um Politische Bildung an den Schulen zu stärken, findet sich auch ein Weg, der das Fach Sozialkunde aus der aktuellen Randstellung löst und seine Bedeutung in der Wahrnehmung aller an Schule Beteiligten erhöht.

- **3. Welche Mittel sind geeignet, eine politische und gesellschaftliche Aktivierung von Jugendlichen zu fördern?**
- Wie bei Punkt 1 dargelegt, muss der Sozialkundeunterricht - insbesondere in der S I - durch eine Erhöhung der Wochenstundenzahl einen höheren Stellenwert erlangen und den Lehrkräften die Möglichkeit bieten, politische Themen adressatenorientiert in einem realistischen Zeitrahmen im Unterricht zu behandeln. Die Teilnahme von Lerngruppen an politischen Wettbewerben - ohne gravierende inhaltliche Abstriche bei anderen Themen des Lehrplans - würde durch eine Erhöhung der Wochenstundenzahl in Sozialkunde ebenfalls deutliche Unterstützung erfahren.
- Sozialkundeunterricht sollte früher einsetzen, im Gymnasium nicht erst ab Klasse 9. Sinnvoll erscheint beispielsweise ein Einsatz des Sozialkundeunterrichts ab Klasse 7 oder 8. Dem Argument einer chronologischen Harmonisierung mit dem Fach Geschichte kann entgegengesetzt werden, dass zentrale Fragestellungen der Demokratie bereits im Geschichtsunterricht der Klassen 7 (Antike) und 8 (Frühe Neuzeit) behandelt werden.
- Fachkompetente Lehrkräfte des Faches Sozialkunde müssen die Jugendlichen unterrichten. Diese sind durch ihre langjährige fachliche und unterrichtspraktische Ausbildung qualifiziert, um einen zeitgemäßen Politikunterricht zu realisieren, der Jugendliche für die Themen und Fragestellungen des Faches motiviert und regelmäßig handlungsorientierte Unterrichtsformen realisiert (Bsp.: Simulation von Konflikten und Entscheidungsprozessen im Unterricht durch Rollenspiele, Planspiele, Talkshows und Pro-Contra-Debatten). Der besondere Anspruch, politische Problemorientierung vermitteln zu können, ist aus Sicht der Fachleiterinnen und Fachleiter des Faches Sozialkunde gerade eine besondere Herausforderung für angehende Politiklehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

- Es muss dafür Sorge getragen werden, dass Sozialkundeunterricht kontinuierlich in der S I und der S II unterrichtet wird. Alle Schülerinnen und Schüler sollen an den weiterführenden Schulen die Chance erhalten, ein solides Fundament hinsichtlich Politischer Bildung zu entwickeln, auf dem aufgebaut werden kann und welches ihnen die Möglichkeit gibt, als mündiger Staatsbürger bzw. Staatsbürgerin in Politik und Gesellschaft zu partizipieren und Demokratie lebendig mitzugestalten.

- Demokratielernen in der Schule muss gefördert werden, z.B. durch Juniorwahlen an allen Schulen, durch die Einrichtung von Klassenräten und die Schaffung von Mitentscheidungsräumen für Schülerinnen und Schüler bei der Gestaltung des Schullebens

- Projektunterricht mit politischen Schwerpunkten- auch konzipiert von Schülern für Schüler - sollte an den Schulen stärker gefördert werden, auch durch die Mitwirkung politischer Institutionen und die Bereitstellung außerschulischer Experten sowie finanzieller Förderungen zur Realisierung handlungsorientierter und praxisnaher Unterrichtsformen.

- Die Durchführung von Praktika und Erkundungen bei politischen Institutionen für Schülerinnen und Schüler sollte deutlich ausgebaut werden.

- Jugendparlamente sind aus Sicht der DVPB eine hervorragende Möglichkeit, um die aktive Teilhabe an Politik bei interessierten Jugendlichen zu fördern. An den Schulen sollten diese im zweijährigen Rhythmus stattfindenden Wahlen zum Jugendparlament jedoch mehr Unterstützung durch Lehrkräfte und Schulleitung erfahren, damit die Wahlbeteiligung an den Schulen steigt. Gemeinde- und Stadträte sollten Jugendparlamente in ihren Anliegen und in ihrer Arbeit ernst nehmen, diese bei Entscheidungen, die gerade die junge Generation betreffen berücksichtigen und das Jugendparlament nicht als „schöne Fassade“ sehen, welches man in der politischen Arbeit aber nicht wirklich ernst nimmt.

In zahlreichen Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern wird von diesen die Meinung vertreten, dass der geringe Stellenwert des „echten Politikunterrichts“ in der Schule auch die Haltung „der Politik“ gegenüber dem politischen Interesse junger Menschen verdeutlicht.

4. Ist von einer Wahlalterssenkung eine Aktivierung von Jugendlichen zu erwarten?

Eine Senkung des Wahlalters - z.B. bei Kommunalwahlen - ist aus Sicht der DVPB vorstellbar und kann ein größeres Interesse an Politik möglicherweise bewirken – allerdings nur, wenn damit eine deutliche Intensivierung der Politischen Bildung an den Schulen im Fach Sozialkunde einhergeht und der Sozialkunde-Unterricht - insbesondere an den Gymnasien - früher als derzeit einsetzt. Die Absenkung des Wahlalters sollte aus Sicht der DVPB allerdings nicht der Auslöser, sondern die Folge einer verbesserten Politischen Bildung der Jugendlichen sein. Wie bereits dargelegt, ist aus Sicht der DVPB zudem eine Erhöhung der Wochenstundenzahl im Fach Sozialkunde in der Stundentafel der Sekundarstufe I dringend geboten.

Eine Verjüngung der Erstwählerschaft ohne die skizzierten quantitativen und qualitativen Verbesserungen im Fach Sozialkunde birgt aus Sicht der DVPB ernste Risiken. Jugendliche, die weder im Elternhaus noch durch die Schule eine tragfähige demokratische Werteorientierung erhalten haben, stellen beispielsweise für radikale Parteien häufig eine relativ leicht zu gewinnende Klientel dar.

Eine Wahlrechtsabsenkung wird nach Aussage vieler Sozialkundelehrerinnen und -lehrer von einer Mehrheit der Schülerinnen und Schüler kritisch gesehen. Jugendliche empfinden ihre eigene Politische Bildung mehrheitlich als noch nicht ausreichend. Daher sehen sie das Vorhaben der Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 unter den aktuellen Rahmenbedingungen eher skeptisch. Mehr Politische Bildung könnte diese Skepsis verringern.